

Antrag 64/II/2021**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Keine Unterstützung für Diktatoren – Ausländer*innen-Reisepässe für afghanische und syrische Geflüchtete Jetzt!**

1 Wir fordern die künftige Bundesregierung auf syrischen
2 und afghanischen Geflüchteten mit subsidiärem Schutz
3 einen Reisepass für Ausländer*innen als Passersatz zu ge-
4 wahren, damit diese nicht in Kontakt mit der syrischen
5 oder der afghanischen Botschaft treten müssen. Wir for-
6 dern weiter, dass sich die Bundestagsfraktion dafür ein-
7 setzt, diese Verwaltungspraxis im gesamten Bundesge-
8 biet zu ändern.

9

10 Begründung

11 In Deutschland gilt für Ausländer*innen die Passpflicht,
12 was bedeutet, dass diese gültige Ausweisdokumente be-
13 sitzen müssen. Diese sollen sie sich selbst bei den Bot-
14 schaften ihrer Heimatländer beschaffen. Syrische Ge-
15 flüchtete waren davon in Berlin bis Ende April 2018 ausge-
16 nommen. Sie bekamen in der Regel von der Berliner Aus-
17 länderbehörde ein Passersatzdokument.

18

19 Seit Mai 2018 wurde diese Ausnahme in der Hinsicht auf-
20 gehoben, dass syrischen Geflüchteten mit subsidiärem
21 Schutz nun grundsätzlich eine Zumutbarkeit der Passbe-
22 schaffung in der syrischen Botschaft in Berlin unterstellt
23 wird. Das heißt, dass syrische Geflüchtete mit subsidiären
24 Schutz, sich in die Botschaft des Assad-Regimes begeben
25 müssen, um dort zu hohen Kosten gültige Personaldoku-
26 mente zu erhalten. Das Assad-Regime, das gezielt Zivi-
27 list*innen in Syrien verfolgt und umbringt, wird durch die-
28 ses Verfahren direkt mit deutschen Geldern unterstützt.
29 Der deutsche Staat verstärkt damit die Fluchtgründe, an-
30 statt Geflüchteten Schutz zu geben!

31

32 Seit Mitte 2021 haben sich in Afghanistan mit der neuen
33 Regierung unter der extremistischen Gruppierung der Ta-
34 liban die Bedingungen für Geflüchtete massiv verändert.
35 Geflüchtete müssen Angst haben, wenn sie die afghani-
36 sche Botschaft oder ein Konsulat besuchen, sie empfind-
37 liche Daten über ihre Familien in Afghanistan preisgeben
38 müssen und diese damit der direkten Gefahr aussetzen.
39 Auch hier wird ein Terrorregime direkt mit den Devisen
40 aus dem Erwerb von Pässen unterstützt.

41

42 Geflüchtete können ohne Passersatzdokument nicht rei-
43 sen, haben einen hohen Verwaltungsaufwand vor deut-
44 schen Behörden, da sie sich immer wieder erklären müs-
45 sen, warum sie keinen Pass haben. Dies müssten die jewei-
46 ligen Stellen eigentlich besser wissen und die Menschen
47 nicht noch weiter unter Druck setzen. Weiterhin wird ih-

48 nen der potentielle Erwerb der deutschen Staatsbürger-
49 schaft unnötig erschwert und die Aufnahme einer regulä-
50 ren Arbeit in einem Betrieb oder einer Zeitarbeitsfirma.